

## Tarifpolitischer Jahresbericht 2010: Beschäftigungssicherung und gedämpfte Lohnentwicklung

Reinhard Bispinck  
WSI-Tarifarchiv

Nach dem überraschend erfolgreichen Tarifjahr 2009 zeigten sich im vergangenen Jahr deutliche Spuren der Wirtschaftskrise in der Tarifpolitik. In vielen Tarifbereichen stand 2010 die Beschäftigungssicherung eindeutig im Vordergrund. Gleichwohl wurden parallel flächendeckend reguläre Lohn- und Gehaltsverhandlungen geführt. Insgesamt konnte im Jahr 2010 mit einer jahresdurchschnittlichen Tarifsteigerung von 1,8 % der sehr moderate Anstieg der Verbraucherpreise von durchschnittlich 1,1 % mehr als ausgeglichen werden. Es ergibt sich ein reales Tarifplus von 0,7 %. Weitere bedeutsame tarifpolitische Themen waren die Leiharbeit und die Mindestlohnpolitik.

### 1

#### Das Tarifjahr 2010 im Überblick

##### 1.1 RAHMENBEDINGUNGEN

Die Tarifentwicklung reagierte mit der – aus früheren Konjunkturzyklen bekannten – zeitlichen Verzögerung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Zu Jahresbeginn 2010 war die Grundtendenz der Konjunktur bereits wieder „aufwärts gerichtet“ (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2010). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm in den ersten beiden Quartalen 2010 gegenüber den Vorjahresquartalen real um 2,2 und 4,3 % zu. Trotz einer gewissen Verlangsamung des Erholungsprozesses in der zweiten Jahreshälfte ergab sich für das vergangene Jahr ein reales BIP-Wachstum von 3,6 %. Dies schlug sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder: Die saisonbereinigte Zahl der registrierten Arbeitslosen, die im Frühsommer 2009 mit 3,49 Mio. ihren Höhepunkt erreicht hatte, ging kontinuierlich bis auf 3,15 Mio. im Dezember 2010 zurück.<sup>1</sup> Insgesamt blieb jedoch das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung noch unter dem Vorkrisenniveau.

Die Gewerkschaften in den krisenbetroffenen Industriebranchen legten gleichwohl tarifpolitisch einen Schwerpunkt auf die Beschäftigungssicherung. Beispielhaft seien die Vereinbarungen in

der Metallindustrie und in der chemischen Industrie genannt, die zum einen die Möglichkeiten tariflich geregelter Kurzarbeit erweitern, zum anderen die Anwendung verschiedener betrieblicher Personalmaßnahmen empfehlen, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Für die Lohn- und Gehaltsabschlüsse gilt: In einer ganzen Reihe von Branchen wurden für 2010 überwiegend Pauschalzahlungen vereinbart, die nicht zu dauerhaft tabellewirksamen Tarifierhebungen führen. Während in der chemischen Industrie aufgrund der kurzen (nur elfmonatigen) Laufzeit bereits im Frühjahr 2011 erneut über die Entgelte verhandelt wird, wurde in der Metallindustrie bei längerer Laufzeit nach einer Pauschalzahlung für 2011 eine (dauerhafte) Tarifsteigerung von 2,7 % vereinbart. Die ökonomische Lage verbesserte sich im Laufe des Jahres 2010 – für die meisten Beobachter überraschend stark –, sodass auch die Rahmenbedingungen für die Tarifverhandlungen besser wurden. Dies machte sich u. a. in der Stahlindustrie bemerkbar, wo die IG Metall angesichts der guten Branchenkonjunktur im September 2010 eine überdurchschnittliche Tarifsteigerung von 3,6 % plus Pauschalzahlung durchsetzen konnte.

##### 1.2 TARIFFORDERUNGEN UND -ABSCHLÜSSE

Die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften in der diesjährigen Ta-

rifrunde fielen relativ zurückhaltend aus. In zahlreichen Branchen verzichteten sie auf eine quantifizierte Forderung. Stattdessen verlangten sie eine „angemessene Entgelterhöhung“ (chemische Industrie, Bankgewerbe) oder eine „angemessene reale Erhöhung mit sozialer Komponente“ (Deutsche Bahn AG). Auch in der Metallindustrie gab es erstmals keine bezifferte Forderung, stattdessen beschränkte sich die IG Metall, nach vorgezogenen Gesprächen der Tarifparteien über Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung, in den eigentlichen Tarifverhandlungen auf die Forderung nach einer „Realeinkommenssicherung“. Dies war aus Sicht der Arbeitgeber ein „in der Geschichte der Bundesrepublik z. T. einmaliger Vorgang“ (BDA 2010, S. 78).

In anderen Bereichen beharrten die Gewerkschaften auf traditionellen Tarifforderungen: Für den Bereich des öffentlichen

<sup>1</sup> Dieser Prozess ist allerdings teilweise auf statistische „Bereinigungen“ zurückzuführen (BA 2010). Das Gesamtvolumen der Unterbeschäftigung belief sich Ende 2010 auf gut 4 Mio. Personen.

Reinhard Bispinck, Dr., ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) und Leiter des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung.  
e-mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de  
Götz Bauer, Monika Müller, Ulrich Schmidt, Monika Schwacke-Pilger, Andrea Taube und Monika Wiebel sind Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im WSI-Tarifarchiv.

Dienstes (Bund, Gemeinden) verlangte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) eine Tarifierhebung von 5,0 %, womit auch eine Reihe von Strukturforderungen abgedeckt werden sollte. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hatte für ihre Branchen einen Forderungsrahmen von 4–5 % abgesteckt. In der Papier verarbeitenden Industrie beanspruchte ver.di 4,5 %. In der Energiewirtschaft forderten ver.di und IG BCE 5,5 %, für den Bereich der Landwirtschaft verlangte die IG BAU ein Plus von 5,3 %. In Niedriglohnbranchen wie z. B. dem Erwerbsgartenbau reichten die Forderungen bis zu 6,0 % (Übersicht 1).

Nach dem Kündigungsterminkalender liefen die Tarifverträge im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) Ende Dezember 2009 als Erste aus. Ende März, April und Mai 2010 folgten die regionalen Bereiche der chemischen Industrie. Erst Ende April endeten dann die Laufzeiten der Tarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie und im Bankgewerbe. Hinzu kamen die Papier verarbeitende Industrie, die Recycling- und Entsorgungswirtschaft und große Teile des Kfz-Gewerbes.

Anders als zunächst erwartet, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit zu Beginn der Tarifrunde nicht ausschließlich auf den öffentlichen Dienst. In der *Metallindustrie* setzte der Tarifabschluss vom 18.2. in Nordrhein-Westfalen weit vor Ablauf der Entgelttarifverträge Ende April die Orientierungsmarke für die diesjährige Tarifrunde: Für Mai 2010 bis März 2011 wurde eine Pauschalzahlung von 320 € vereinbart, zum 1.4.2011 ist eine Tarifierhebung von 2,7 % vorgesehen bei einer Laufzeit bis Ende März 2012. Außerdem wurde ein Tarifvertrag „Zukunft in Arbeit“ abgeschlossen, der im Kern eine Ausweitung der Möglichkeiten zur tariflichen Kurzarbeit beinhaltet.

Am 27.2.2010 vereinbarte ver.di mit den öffentlichen Arbeitgebern von *Bund und Gemeinden* einen über 26 Monate laufenden Abschluss, der eine dreistufige Tarifierhebung vorsieht: 1,2 % ab 1.1.2010, 0,6 % ab 1.1.2011, 0,5 % weitere Stufen-erhöhung ab 1.8.2011. Zusätzlich gibt es im Januar 2011 eine Einmalzahlung von 240 €. Außerdem wurden eine Erhöhung des Leistungsentgelts von 1 auf 2 % (Gemeinden), die Möglichkeit zur weiteren Inanspruchnahme von Altersteilzeit sowie weitere Strukturkomponenten vereinbart.

## Übersicht 1: Lohn- und Gehaltsforderungen in der Tarifrunde 2010 in ausgewählten Tarifbereichen

Tarifbereich	Gewerkschaft	Forderung
<b>Bankgewerbe</b>	ver.di	angemessene Entgelterhöhung
<b>Chemische Industrie</b>	IG BCE	angemessene Entgelterhöhung
<b>Deutsche Bahn AG</b>	Transnet	angemessene reale Erhöhung mit sozialer Komponente
<b>Eisen- und Stahlindustrie</b>	IG Metall	6 %
<b>Energiewirtschaft</b>	IG BCE/ver.di	5,5 %
<b>Erwerbsgartenbau Baden-Württemberg</b>	IG BAU	6 % 8,50 € als tarifliche Lohnuntergrenze
<b>Kfz-Gewerbe Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Thüringen</b>	IG Metall	tabellewirksame Erhöhung 4,5 %
<b>Landwirtschaft</b>	IG BAU	5,3 %
<b>Metallindustrie</b>	IG Metall	Realeinkommenssicherung
<b>Nahrung-Genuss-Gaststätten</b>	NGG	4–5 %
<b>Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden</b>	ver.di	5 %
<b>Papierverarbeitung</b>	ver.di	4,5 %

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

Der Abschluss in der *chemischen Industrie* erfolgte am 21.4.2010. Er sieht Einmalzahlungen von insgesamt 550/611/715 € für Beschäftigte in Normal-/teil-/vollkontinuierlicher Schicht vor. Für Beschäftigte in Betrieben, die nicht wesentlich von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 betroffen waren, ist eine zusätzliche Einmalzahlung von bis zu 260 € vorgesehen. Außerdem wurden Regelungen zur Übernahme von Ausgebildeten und zur Beschäftigungssicherung getroffen.

Für die Beschäftigten im *Kfz-Handwerk* in Bayern und Thüringen (28.4.) sowie in Hamburg, Niedersachsen und Baden-Württemberg (10.5.) haben IG Metall und Arbeitgeber u. a. eine mehrstufige Tabellenerhöhung zwischen 3,5 und 4,4 % vereinbart. Die Tarifverträge haben eine Laufzeit bis Ende April 2012. Die Tarifparteien in Niedersachsen haben sich zusätzlich auf beschäftigungssichernde Maßnahmen geeinigt (u. a. Möglichkeiten zur Kurzarbeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, Senkung von Remanenzkosten der Kurzarbeit).

In der *Papier verarbeitenden Industrie* beschlossen die Tarifparteien am 2.5. Folgendes: Tarifierhebung nach sechs Nullmonaten (Mai bis Oktober) ab 1.11.2010 um 1,3 %, Stufenanhebungen ab 1.5.2011 um 1,5 % sowie um 1,3 % ab 1.3.2012 bei einer Laufzeit bis 31.8.2012. Der Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurde bis 31.8.2012 verlängert.

Im *Hotel- und Gaststättengewerbe* Nordrhein-Westfalen setzte die Gewerkschaft NGG am 31.5. nach zwei Nullmonaten (Juni und Juli) eine Tarifierhöhung

von 2,0 % durch, gefolgt von einer Stufenanhebung um weitere 1,8 % ab 1.7.2011 mit einer Laufzeit bis 30.4.2012.

Im *Bankgewerbe* einigten sich ver.di und der Arbeitgeberverband am 10.6.2010 auf einen Abschluss, der für die Monate Mai bis Dezember eine Pauschalzahlung von 300 € und anschließend eine Tarifierhebung von 1,6 % bei einer Laufzeit bis 29.2.2012 vorsieht.

In der nordwestdeutschen *Eisen- und Stahlindustrie* vereinbarte die IG Metall am 30.9.2010 einen Tarifabschluss, der für September eine Pauschalzahlung von 150 € vorsah und anschließend eine Tarifierhebung um 3,6 % bei einer Laufzeit von insgesamt 14 Monaten. Des Weiteren verständigten sich die Tarifparteien darauf, ab Januar 2011 Leiharbeiter nach dem Grundsatz „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ zu bezahlen.

Auch in der *Leih-/Zeitarbeitsbranche* konnten die Gewerkschaften Tarifabschlüsse durchsetzen: Am 9.3.2010 vereinbarten die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit und der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) ab 1.7.2010 Tarifierhöhungen in vier Schritten. Danach steigen die Mindestentgelte im Westen von 7,38 € bis zum 1.11.2012 auf 8,19 € pro Stunde, im Osten von 6,42 € im gleichen Zeitraum auf 7,50 €. Für die weiteren Entgeltgruppen wurden prozentuale Erhöhungen beschlossen. Gleichzeitig wurden die untersten Entgelte als jeweilige Mindestlöhne festgeschrieben. Ein vergleichbarer Abschluss erfolgte am 30.4.2010 mit dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ). Die Verträge haben eine Laufzeit bis Ende Oktober 2013.

## Übersicht 2: Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2010

Abschluss	Tarfbereich	Ergebnis
18.02.2010	Metallindustrie Nordrhein-Westfalen (Pilotabschluss)	320 € Pauschale insg. für Mai 2010 - März 2011 2,7 % ab 01.04.11 Laufzeit bis 31.03.12
27.02.2010	Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden	1,2 % ab 01.01.10 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.11 0,5 % Stufenerhöhung ab 01.08.11 240 € Einmalzahlung im Januar 2011 Laufzeit bis 29.02.12
21.04.2010	Chemische Industrie	550 € Pauschale insg. für 11 Monate, Laufzeit regional unterschiedlich bis 02/03/04/2011
10.05.2010	Kfz-Gewerbe Baden-Württemberg	nach einem Nullmonat (Mai) 0,6 % ab 01.06.10 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.10 1,9 % Stufenerhöhung ab 01.07.11 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.12 Laufzeit bis 30.04.12
20.05.2010	Papier verarbeitende Industrie	nach 6 Nullmonaten (Mai - Oktober) 1,3 % ab 01.11.10 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.05.11 1,3 % Stufenerhöhung ab 01.03.12 Laufzeit bis 31.08.12
31.05.2010	Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen	nach 2 Nullmonaten (Juni und Juli) 2,0 % ab 01.08.10 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.07.11 Laufzeit bis 30.04.12
10.06.2010	Bankgewerbe	300 € Pauschale insg. für Mai - Dezember 1,6 % ab 01.01.11 Laufzeit bis 29.02.12
23.06.2010	Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich)	2,6 % ab 01.07.10 Laufzeit bis 30.06.11
01.09.2010	Landwirtschaft	Bundesempfehlung: 180 € Pauschale für April - Oktober 2,1 % ab 01.11.10 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.11.11 Laufzeit bis 31.10.12
30.09.2010	Eisen- und Stahlindustrie	150 € Pauschale für September 3,6 % ab 01.10.10 Laufzeit bis 31.10.11
19.11.2010	Wohnungs- und Immobilienwirtschaft	nach einem Nullmonat (Dezember) 3,0 % ab 01.01.11 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.12 Laufzeit bis 31.12.12

Quelle: WSI-Tarifarchiv – Stand: 31.12. 2010.

WSI MITTEILUNGEN

## Übersicht 3: Ausgewählte Vereinbarungen über Abweichungen bei Pauschal- und Einmalzahlungen sowie Tarifierhebungen

Tarfbereich	Leistung	Abweichende Regelung
Chemische Industrie	550/611/715 € Einmalzahlung zahlbar bis 30.06.10	Verschiebung/Kürzung auf bis zu 300/333/390 € aus wirtschaftlichen Gründen durch eine einvernehmliche Vereinbarung möglich
Holz u. Kunststoff verarbeitende Industrie Berlin, Brandenburg	1,5 % ab 01.06.10	Kürzung, Verschiebung oder Wegfall der Erhöhung bis max. 31.12.10 durch Betriebsvereinbarung möglich, Beschäftigungszusage als Voraussetzung
Kautschukindustrie	200 € Pauschale im April 2010	Bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Einigung mit Betriebsrat Kürzung, Verschiebung und Wegfall möglich
Metallindustrie	2,7 % ab 01.04.11	Verschiebung der Erhöhung um max. +/- 2 Monate in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes durch freiwillige Betriebsvereinbarung möglich

Quelle: WSI-Tarifarchiv; Stand: 31.12.2010.

WSI MITTEILUNGEN

Außerhalb der DGB-Gewerkschaften ist der Abschluss des Marburger Bundes für die *Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern* vom 9.6.2010 zu nennen. Nach dreiwöchigen Streikaktionen setzte der Marburger Bund eine Pauschalzahlung von 400 € für Januar bis April

2010 und eine 2 %ige Tarifierhebung ab Mai 2010 mit einer Laufzeit von 20 Monaten durch. Außerdem werden künftig Bereitschafts- und Notdienste besser bezahlt.

Erst im Januar 2011 konnte der Tarifkonflikt bei der *Deutschen Bahn AG* vorläufig beendet werden: Dort verhandelten die

zur Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zusammengeschlossenen früheren Gewerkschaften Transnet und GDBA sowohl über einen neuen Branchentarifvertrag für den schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV) als auch über eine Tarifierhebung für die Beschäftigten der Deutschen Bahn AG.

Im Dezember begann die Schlichtung unter Vorsitz des früheren SPD-Politikers *Peter Struck*. Mitte Januar legte Struck einen Schlichtungsspruch vor, der die Zustimmung der Tarifparteien fand. Mit dem neuen Branchentarifvertrag verpflichteten sich die führenden Bahnunternehmen, die in Deutschland Nahverkehr anbieten, bei künftigen Ausschreibungen mit Personalkosten zu kalkulieren, die mindestens dem jetzt festgelegten Niveau entsprechen. Der Entgeltabschluss für die Deutsche Bahn AG umfasst Bestandteile in der Summe von rund 5 %. Parallel zur EVG verhandelt die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer über einen Bundes-Rahmen-Lokomotivführer-Tarifvertrag (BuRa-LfTV).

In einigen Tarifabschlüssen wurden auch in dieser Tarifrunde Regelungen vereinbart, die aus wirtschaftlichen Gründen Abweichungen von vereinbarten Vergütungselementen erlauben. Dies betrifft sowohl Pauschal- und Einmalzahlungen wie auch dauerhafte Tarifierhebungen und umfasst zeitliche Verschiebungen ebenso wie Kürzungen bzw. Wegfall einzelner Bestandteile. Zum Teil werden in diesem Jahr auch entsprechende Regelungen aus Vorjahresabschlüssen wirksam (*Übersicht 3*).

### 1.3 LEIHARBEIT UND MINDEST-LOHNPOLITIK

In der Stahltarifrunde gelang der IG Metall die tarifliche Vereinbarung einer Equal-Pay-Regelung, die sicherstellen soll, dass Leiharbeiter entsprechend den Tarifbestimmungen der Eisen- und Stahlindustrie entlohnt werden. Auch andere Gewerkschaften kündigten an, in dieser Frage tarifpolitisch aktiv zu werden. In der bayerischen Milchwirtschaft war dies sogar Gegenstand eines Arbeitskampfes, der allerdings zu keiner positiven Einigung führte.

In der *Mindestlohnfrage* setzte sich die Auseinandersetzung um weitere Branchenmindestlöhne nach dem Entsendegesetz fort. In der Pflegebranche

(Altenpflege und ambulante Krankenpflege) wurde erstmals ein Mindestlohn nach dem Entsendegesetz festgelegt. Die achtköpfige Kommission aus Vertretern von Branchenorganisationen (darunter den Gewerkschaften) hatte sich auf einen Mindestlohn von 8,50 € im Westen und 7,50 € im Osten ab dem 1.8.2010 geeinigt. Er steigt in zwei Stufen auf 9,00 € bzw. 8,00 € zum 1.7.2013. In weiteren vier Branchen<sup>2</sup> liegen z. T. schon seit längerem Tarifverträge zu Mindestlöhnen vor, die jedoch (noch) nicht per Rechtsverordnung nach dem Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt wurden.

#### 1.4 TARIFEINHEIT

Zu lebhaften Diskussionen und Aktivitäten führte der Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 23.6.2010 zur Abkehr vom bisher geltenden *Grundsatz der Tarifeinheit* im Betrieb, wonach in einem Betrieb jeweils nur ein Tarifvertrag zur Anwendung kommen kann (BAG 2010). Das Bundesarbeitsgericht stellte nunmehr fest, dass für verschiedene Arbeitsverhältnisse derselben Art in einem Betrieb nicht nur einheitliche Tarifregelungen zur Anwendung kommen können. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) legten daraufhin einen gemeinsamen Vorschlag zur Wiederherstellung dieses Grundsatzes durch Änderung des Tarifvertragsgesetzes vor (BDA/DGB 2010). Er sieht vor, dass bei konkurrierenden Tarifverträgen für dieselbe Beschäftigtengruppe der Tarifvertrag gelten soll, der von der Gewerkschaft geschlossen wurde, die die meisten Mitglieder in dem betreffenden Betrieb hat. Während der Laufzeit dieses Vertrages soll eine Friedenspflicht für alle Gewerkschaften bestehen, die konkurrierende Tarifverträge abgeschlossen haben, also auch für Gewerkschaften, die im Betrieb eine Minderheit der Belegschaft vertreten. Der Vorschlag stieß nicht nur auf heftige Kritik der konkurrierenden Gewerkschaften, sondern er wurde auch in der Arbeitsrechtswissenschaft sehr kontrovers diskutiert. Die Bundesregierung zeigte sich grundsätzlich aufgeschlossen und sagte eine sorgfältige Prüfung des Vorschlags zu.

**Tabelle 1: Laufzeit der Tarifverträge – in Monaten –**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamt	21,8	14,5	18,3	20,5	21,8	25,7	22,1	22,2	22,4	24,1	24,3
West	21,5	14,1	18,1	20,4	21,8	25,2	21,6	22,2	22,2	24,3	23,6
Ost	23,3	16,4	19,7	21,0	22,0	28,4	24,7	21,9	23,4	23,2	28,3

Quelle: WSI-Tarifarchiv; Stand: 31.12.2010.

WSI MITTEILUNGEN

## 2 Tarifentwicklung

### 2.1 LOHN- UND GEHALT

Die DGB-Gewerkschaften schlossen 2010 in ganz Deutschland *Lohn- und Gehaltstarifverträge* für rd. 8,8 Mio. Beschäftigte ab, davon für rund 7,5 Mio. in den alten und 1,3 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 48 % der von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten. Für weitere 7,5 Mio. Beschäftigte traten Stufenerhöhungen in Kraft, die bereits 2009 oder früher vereinbart wurden. Bei rund 2,1 Mio. Beschäftigten liefen 2009 oder früher die Vergütungstarifverträge aus, aber es kam bis zum Jahresende (noch) nicht zu Neuabschlüssen bzw. laufende Tarifverträge sehen für 2010 keine Tarifierhebung vor.

### ABSCHLUSSRATE

Die tarifliche *Abschlussrate* belief sich gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt auf 3,2 % (2009: 3,9 %), in Westdeutschland betrug die Rate 3,0 %, in Ostdeutschland 4,4 %. Die Abschlussrate schließt *alle*, ggf. auch 2011 und später in Kraft tretenden *tabellenwirksamen* Erhöhungen ein. Nicht berücksichtigt werden Pauschalzahlungen und zusätzliche Einmalzahlungen, die sich nicht dauerhaft in den Tarif Tabellen niederschlagen. Die Spannweite der durchschnittlichen Gesamtabschlussraten reicht von 0,9 % im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, 1,6 % im Bereich Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe, 2,4 % im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, 2,9 % im Investitionsgüter- und im Verbrauchsgütergewerbe, 3,2 % im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe bis zu 3,8 % im Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Der hohe Wert von 8,0 % im Bereich private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck resultiert vor allem aus dem fast fünf Jahre laufenden Tarifabschluss für den Bereich

der Leiharbeit mit einer mehrstufigen Tarifierhebung.

Diese Gesamtabschlussraten sind nur von begrenzter Aussagekraft, weil sie sich immer auf die gesamte, je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich lange Laufzeit der Tarifabkommen beziehen. Berücksichtigt man lediglich die *im Jahr 2010* abgeschlossenen und auch in Kraft getretenen Tarifierhöhungen, ergibt sich eine Abschlussrate von 2,3 % (West: 2,2 %, Ost: 2,9 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich für 2010 eine Streuung zwischen 1,3 % im Bereich Gebietskörperschaften/Sozialversicherung und 4,2 % im Bereich private Dienstleistungen/Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu berücksichtigen ist stets, dass die Erhöhungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahresverlauf wirksam wurden.

Wie bereits in den Vorjahren spielten auch im Jahr 2010 „Nullmonate“ bei den Tarifabschlüssen eine bedeutende Rolle. Für rund 6,9 Mio. (2009: 7,3 Mio.), das entspricht rund 78 % der von Neuabschlüssen begünstigten Beschäftigten, gab es Tarifabschlüsse mit verzögerter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. Rund 23 % von ihnen mussten zwischen einem Monat und fünf Monaten auf die reguläre Tarifierhöhung warten, für 77 % vergingen sechs und mehr Monate bis zur ersten Tarifsteigerung. Für 75 % der davon betroffenen Beschäftigten vereinbarten die Gewerkschaften als Ausgleich Pauschalzahlungen, die durchschnittlich 38 € (West: 38 €, Ost: 42 €) im Monat betragen.

### LAUFZEITEN

Der seit rund zehn Jahren zu beobachtende Trend zu längeren Laufzeiten hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die *Laufzeit* der Vergütungstarifverträge im Jahr 2010 beträgt durchschnittlich 24,3

<sup>2</sup> Berufliche Aus- und Weiterbildung, Forstliche Dienstleister, Geld- und Wertdienste sowie Wach- und Sicherheitsgewerbe.

**Tabelle 2: Tarifsteigerung 2010<sup>1</sup> – in % –**

Wirtschaftsbereich	Ost	West	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	1,7	1,6	1,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	4,5	2,5	2,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	3,1	2,1	2,2
Investitionsgütergewerbe	0,8	1,0	1,0
Verbrauchsgütergewerbe	1,6	1,8	1,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	3,4	2,3	2,4
Baugewerbe	2,7	2,3	2,4
Handel	2,4	2,5	2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,3	2,3	2,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,8	1,8	1,8
Priv. Dienstleistungen, Organ. o. Erwerbszweck	2,8	2,1	2,2
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	1,0	0,9	0,9
<b>Gesamte Wirtschaft</b>	<b>2,0</b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>

<sup>1</sup> Jahresbezogene Erhöhung der tariflichen Grundvergütung 2010 gegenüber 2009.  
Quelle: WSI-Tarifarchiv; Stand: 31.12.2010.

WSI MITTEILUNGEN

**Tabelle 3: Tarifniveau Ost/West – in % –**

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
91,9	92,3	92,8	93,4	94,0	94,6	95,1	95,2	96,8	96,1	96,6

Quelle: WSI-Tarifarchiv; Stand: 31.12.2010.

WSI MITTEILUNGEN

Monate (2009: 24,1 Monate). Für rund 0,9 Mio. Beschäftigte (10,1 %) laufen die Abkommen zwischen elf und zwölf Monaten, für gut 1 Mio. (12,0 %) 13 bis 22 Monate, für 3,5 Mio. 23 Monate (39,9 %) und für 3,3 Mio. (38 %) 24 und mehr Monate. In den neuen Bundesländern laufen die Tarifverträge im Schnitt knapp fünf Monat länger als in den alten (Tabelle 1).

#### JAHRESBEZOGENE TARIFSTEIGERUNG

Bei der jahresbezogenen Steigerung der tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden im Unterschied zur tariflichen Abschlussrate die Auswirkungen aus der (oft unterschiedlichen) Lage und Laufzeit der Tarifabkommen berücksichtigt. Auch werden ggf. im Berichtsjahr wirksam werdende Abschlüsse aus den Vorjahren sowie zusätzliche Einmalzahlungen und Pauschalzahlungen als Ausgleich für Abschlussverzögerungen mit einbezogen. Die jahresbezogene Tarifsteigerung setzt die durchschnittliche tarifliche Grundvergütung des gesamten Jahres 2010 zum Vorjahr in Bezug und erfasst insgesamt 15,9 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Diese *kalenderjährliche Steigerung* der Tarifverdienste 2010 gegenüber 2009 betrug für ganz Deutschland 1,8 % (2009: 2,6 %) (Tabelle 2). Am höchsten fiel die jahresbezogene Tarifsteigerung mit 2,9 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau aus, gefolgt vom Handel

mit 2,5 %, dem Baugewerbe sowie dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 2,4 %, dem Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 2,3 %. Genau im Durchschnitt lagen das Verbrauchsgütergewerbe sowie Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe mit je 1,8 %, unterdurchschnittlich fielen die Tarifsteigerungen im Investitionsgütergewerbe mit 1,0 % und im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 0,9 % aus. In Ostdeutschland lag die kalenderjährliche Erhöhung mit 2,0 % etwas höher als in Westdeutschland mit 1,7 %.

Positiv beeinflusst wird die jahresbezogene Tarifsteigerung 2010 durch die länger laufenden Abschlüsse aus 2009. Die daraus resultierende Tarifierhebung für 2010 beläuft sich auf 2,3 %, die Neuabschlüsse des Jahres 2010 ergeben lediglich 1,3 %. Im Mittel ergibt sich der bereits genannte Wert von 1,8 %.

In Tarifbereichen mit 0,7 Mio. Beschäftigten liefen Vergütungstarifverträge im Jahr 2010 aus, ohne dass bis zum Jahresende neue Abschlüsse getätigt wurden. Bezieht man diese Tarifbereiche mit ein, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung geringfügig von 1,8 auf 1,7 %. In Tarifbereichen mit weiteren 1,8 Mio. Beschäftigten sind die Tarifverträge bereits 2009 oder in den Jahren zuvor ausgelaufen, ohne nachfolgende Abschlüsse. Berücksichtigt man auch diese Bereiche, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung für 2010 insgesamt auf 1,6 %.

Die durchschnittliche jahresbezogene Tarifsteigerung 2010 von 1,8 % liegt über dem sehr geringen Anstieg der Lebenshaltungskosten von 1,1 %. *Real* stiegen die tariflichen Vergütungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 0,7 %.

Der Stand der tariflichen *Lohnangleichung* an das Westniveau kann an der Entwicklung der tariflichen *Grundvergütung* festgemacht werden. Für den Stichtag 31.12.2010 ergibt sich dabei folgendes Bild: Auf Basis von rund 50 Tarifbereichen/-branchen mit 1,65 Mio. erfassten Beschäftigten errechnet sich ein *durchschnittliches Tarifniveau* von 96,6 %. Damit ergibt sich *gesamtwirtschaftlich* ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte (Tabelle 3).

Die Steigerung der *Ausbildungsvergütungen* ist im vergangenen Jahr ebenfalls deutlich niedriger ausgefallen als 2009. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung ergibt sich ein Anstieg von 1,8 % (West: 1,3 %, Ost: 2,9 %), der exakt der Steigerung der tariflichen Grundvergütungen entspricht (BIBB 2010). Je nach Tarifbereich verbergen sich hinter diesen Durchschnittszahlen große Unterschiede: Gemessen an der Ausbildungsvergütung im dritten Ausbildungsjahr variierte die Steigerung in 26 ausgewählten Tarifbereichen zwischen 1,1 % und 7,1 %. In neun Tarifbereichen sind die Ausbildungsvergütungen im vergangenen Jahr regional oder bundesweit gar nicht angehoben worden.

#### EFFEKTIVVERDIENSTENTWICKLUNG

Die Effektivverdienstentwicklung erholte sich im vergangenen Jahr gegenüber dem Krisenjahr 2009. Die Summe der *Bruttolöhne und -gehälter* ist 2010 um 2,7 % gestiegen. Je abhängig Beschäftigten ergibt sich *auf Monatsbasis* – nominal – ein Anstieg um 2,2 %. Das bedeutet, dass die Bruttoverdienste 2010 erstmals nach sechs Jahren real (preisbereinigt) gestiegen sind, und zwar um 1,1 %. Ursächlich sind im Wesentlichen der starke Rückgang der Kurzarbeit und die (damit verbundene) Verlängerung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit.

Auf Stundenbasis berechnet, sieht das Bild anders aus. Während im Jahr 2009 die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde vor allem kurzarbeitsbedingt um 3,0 % gestiegen waren, ergibt sich für 2010 ein Rückgang um nominal 0,2 %, real

(preisbereinigt) um 1,3 %. Das heißt, dass die Unternehmen die stundenbezogenen Zusatzkosten in Folge der Krise im Jahr 2010 wieder abbauen und z. T. auch von weiteren betrieblichen Kostensenkungsprogrammen profitieren konnten.

Nachdem im Krisenjahr 2009 die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde um 2,2 % zurückgegangen war, stieg sie 2010 wieder um 1,0 %. Dies schlug sich auch in einer Umkehr der Lohnstückkostenentwicklung nieder: Die Lohnstückkosten pro Stunde sanken im Jahr 2010 um 1,3 %.

Ein Blick auf die funktionelle Einkommensverteilung zeigt eine Rückkehr zu alten Mustern: Der krisenbedingte kräftige Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen schlug wieder ins Gegenteil um. Im vergangenen Jahr sind sie um kräftige 13,2 % gestiegen und haben damit den Rückgang des Krisenjahres 2009 mehr als wettgemacht (Tabelle 4).

### 3 Lohn- und Verteilungsentwicklung – Bilanz für 2000–2010

Eine längerfristige Bilanz der Lohn- und Verteilungsentwicklung ist speziell aus tarifpolitischer Sicht immer ein heikles Unterfangen. Dies hängt vor allem mit der Schwierigkeit zusammen, einen angemessenen Beurteilungsmaßstab zu finden. Die Steigerung der Löhne und Gehälter ist zwar zweifellos ein zentrales Ziel gewerkschaftlicher Tarifpolitik, aber es gibt daneben zahlreiche qualitative Ziele, die die Gewerkschaften durch tarifvertragliche Vereinbarungen regeln wollen. Dazu gehören z. B. Fragen der Arbeitszeitpolitik, der Aus- und Weiterbildung, der Altersversorgung oder – wie insbesondere zu Zeiten der Wirtschaftskrise – die Sicherung von Beschäftigung. Welche Bedeutung die Umsetzung der verschiedenen Teilziele aus Sicht der Gewerkschaften hat, ist im Einzelnen schwer einzuschätzen. Hinzu kommt, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und/oder das Durchsetzungsvermögen der Gewerkschaften in der Regel nicht so ausfallen, dass alle angestrebten Ziele gleichermaßen realisiert werden können. Wenn im Folgenden eine im Wesentlichen auf die Entwicklung der Tarif- und Effektivlohnentwicklung gerichtete Bilanz gezogen

**Tabelle 4: Wirtschafts- und Verteilungsdaten 2010**

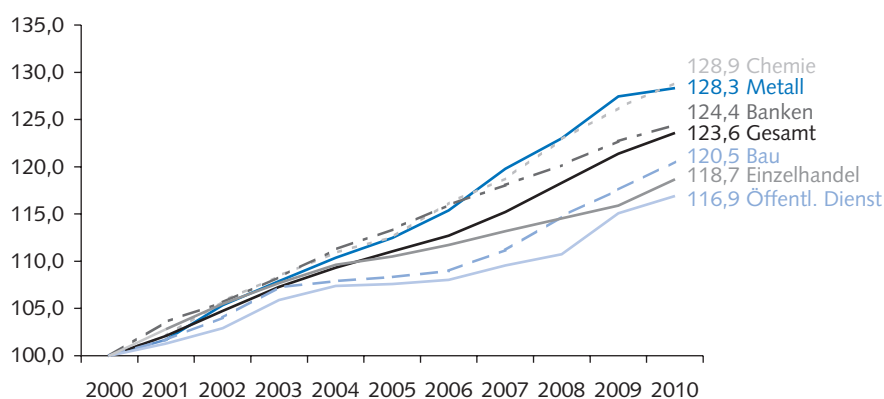
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –

	2010
Tarifentgelte	+1,8
Verbraucherpreise	+1,1
Arbeitsproduktivität/Stunde	+1,0
Bruttoverdienste/Arbeitnehmer	+2,2
Bruttoverdienste/Stunde	-0,2
Lohnstückkosten/Stunde	-1,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+13,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

**Abb. 1: Tarifentwicklung 2000 bis 2010 in ausgewählten Branchen**  
– alte Bundesländer (2000 = 100) –



\* ab 2005: Länder.

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

wird, dann ist dieser größere Zusammenhang immer in Rechnung zu stellen.

#### 3.1 TARIFENTWICKLUNG

Die „Nulljahre“ sind im Rückblick ein Jahrzehnt moderater Tarifentwicklung. Jahresdurchschnittlich sind die tariflichen Grundvergütungen von 2000–2010 um 2,2 % gestiegen mit einer Spannweite von 1,5 % (2005) und 2,9 % (2008). Dies ergibt einen Anstieg der Tariflöhne und -gehälter um 24,2 %. Setzt man dies ins Verhältnis zur Steigerung der Lebenshaltungskosten (+17,5 %), dann errechnet sich eine reale (preisbereinigte) Steigerung der Tariflöhne und -gehälter um 6,7 %, jahresdurchschnittlich entspricht dies einem realen Zuwachs um knapp 0,7 %.

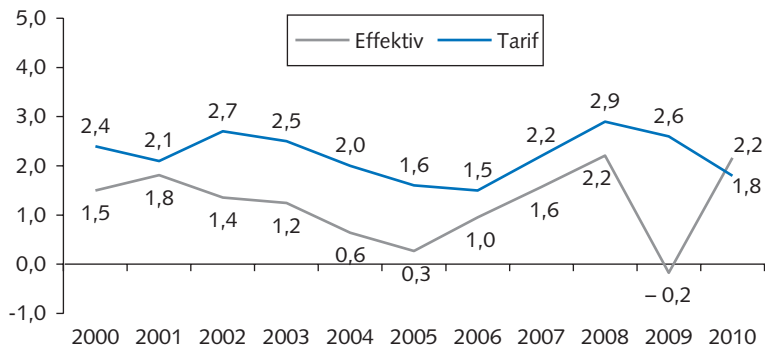
Grundsätzlich streben die Gewerkschaften eine Lohnsteigerung an, die mindestens den Anstieg der Lebenshaltungskosten ausgleicht und eine Beteiligung der Beschäftigten an der gestiegenen Arbeitsproduktivität sicherstellt. Der Verteilungsspielraum aus diesen beiden Größen ist im vergangenen Jahrzehnt um 28,1 %

gestiegen, der Anstieg der Tarifentgelte ist mit 24,2 % um knapp vier Prozentpunkte darunter geblieben. Blickt man auf die einzelnen Branchen, zeigen sich deutliche Unterschiede: Während beispielsweise in der Metall- und Elektroindustrie und in der chemischen Industrie dieser kostenneutrale Verteilungsspielraum ausgeschöpft wurde, bleibt die Mehrzahl der übrigen Branchen mehr oder minder stark hinter dieser Marke zurück (Abbildung 1).

In der ökonomischen Fachdebatte wird vielfach eine Orientierung der Lohnentwicklung an der Zielinflation der Europäischen Zentralbank (EZB) in Höhe von (bis zu) 2 % zuzüglich der Trendproduktivitätsrate empfohlen. Der darauf basierende Verteilungsspielraum<sup>3</sup> hat sich im vergangenen Jahrzehnt deutlich stärker, nämlich um 41 % ausgeweitet. Die Zielverfehlung der Tarifentwicklung fällt bei diesem Maßstab also noch deutlich stärker aus.

<sup>3</sup> Als Produktivitätsrate wurde hier ein gleitender Fünf-Jahresdurchschnitt der Stundenproduktivität eingesetzt.

**Abb. 2: Nominale Effektiv- und Tarifverdienste je Arbeitnehmer 2000 bis 2010 – Veränderungen zum Vorjahr in % –**



Quelle: Destatis, WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

im vergangenen Jahr um 1,1 % gestiegen. Im Jahr 2010 belief sich der Reallohnindex auf 96 % des Niveaus des Jahres 2000. Mit anderen Worten: Die Realeinkommen lagen im vergangenen Jahr 4 % unter dem Niveau von 2000. Misst man die nominale Effektivlohnentwicklung am Verteilungsspielraum aus Preis- und Produktivitätsentwicklung, ergibt sich ein Rückstand von fast 16 Prozentpunkten. Noch deutlich größer fällt der Rückstand auf den modifizierten Verteilungsspielraum (Zielinflationsrate der EZB plus Trendproduktivität) aus. Alles in allem kann man vor dem Hintergrund dieser Entwicklung mit Blick auf die Lohnentwicklung für die Jah-

**Tabelle 5: Verteilungsdaten 2000–2010 in Deutschland<sup>1</sup>**

Jahr	Lebenshaltungskosten <sup>2</sup>	Produktivität je Stunde <sup>3</sup>	Tarifentgelte <sup>4</sup>	Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde <sup>2</sup>	Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer <sup>2</sup>	Bereinigte Bruttolohnquote <sup>5</sup>	Reale Tarifentgelte je Arbeitnehmer	Reale Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	Tariflohnindex nominal	Tariflohnindex real	Buttolohnindex nominal	Buttolohnindex real	Index Verteilungsspielraum Preise + Produktivität
	%	%	%	%	%	%	%	%	2000=100	2000=100	2000=100	2000=100	2000=100
2000	1,4	2,6	2,4	2,8	1,5	72,9	1,0	0,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2001	2,0	1,8	2,1	2,7	1,8	72,6	0,1	-0,2	102,1	100,1	101,8	99,8	103,8
2002	1,4	1,5	2,7	2,0	1,4	72,5	1,3	0,0	104,9	100,2	103,2	99,8	106,8
2003	1,1	1,2	2,5	1,7	1,2	71,9	1,4	0,1	107,5	101,6	104,5	99,9	109,2
2004	1,6	0,6	2,0	0,4	0,6	69,3	0,4	-1,0	109,6	103,0	105,2	99,0	111,7
2005	2,0	1,4	1,6	1,0	0,3	68,2	-0,4	-1,7	111,4	102,6	105,4	97,3	115,4
2006	1,7	3,1	1,5	1,1	1,0	66,2	-0,2	-0,7	113,1	102,2	106,4	96,5	120,9
2007	2,2	1,0	2,2	1,4	1,6	65,7	0,0	-0,6	115,5	102,2	108,1	95,9	124,8
2008	2,6	-0,2	2,9	2,4	2,2	66,8	0,3	-0,4	118,9	102,2	110,5	95,5	127,8
2009	0,4	-2,2	2,6	3,0	-0,2	69,8	2,2	-0,6	122,0	104,5	110,3	95,0	125,5
2010 <sup>6</sup>	1,1	1,0	1,8	-0,2	2,2	67,6	0,7	1,1	124,2	106,7	112,7	96,0	128,1

<sup>1</sup> Alle Angaben außer Lohnquote und Indices: Veränderungen in % zum Vorjahr.  
<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.1, Wiesbaden 2011.  
<sup>3</sup> Statistisches Bundesamt Fachserie 17, Reihe 7, „Preisindizes für die Lebenshaltung“.  
<sup>4</sup> WSI-Tarifarchiv.  
<sup>5</sup> Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (siehe Fußnote 2), Berechnungen des WSI.  
<sup>6</sup> Vorläufig.

Quelle: Destatis, WSI-Tarifarchiv; Stand Januar 2011.

WSI MITTEILUNGEN

### 3.2 EFFEKTIVLOHNENTWICKLUNG

Eine vereinbarte Tarifierhöhung bedeutet nicht automatisch Effektivloohnerhöhung im gleichen Umfang. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zunächst begrenzt die bestehende Tarifbindung von derzeit rund 61 % der Beschäftigten die verpflichtende Anwendung der Tarifloohnerhöhungen. Die Tarifbindung ist auch im Laufe der vergangenen zehn Jahre erkennbar zurückgegangen. Die nicht tarifgebundenen Betriebe können sich zwar an der Tarifentwicklung orientieren, sind aber grundsätzlich in der Lohngestaltung frei. Die tarifgebundenen Firmen haben insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten oftmals von den zahlreichen tariflichen Öffnungsklauseln

Gebrauch gemacht, die ein befristetes Abweichen von den vereinbarten Tarifstandards erlauben. Tarifsteigerungen wurden zudem vielfach auf noch vorhandene über-tarifliche Lohnbestandteile angerechnet. Im Ergebnis beobachten wir für fast den gesamten Zeitraum 2000–2010 eine negative Lohn drift, das heißt, dass die effektiv gezahlten Bruttolöhne und -gehälter langsamer steigen als die tariflich vereinbarten Entgelte (Abbildung 2).

Im Zeitraum von 2000–2010 sind die Bruttomonatsverdienste je Arbeitnehmer um 12,7 % gestiegen, jahresdurchschnittlich um 1,2 % (Tabelle 5). Real (preisbereinigt) sind die nominalen Bruttoeinkommen in sieben Jahren gesunken, in einem Jahr stagniert, in zwei Jahren um 0,1 % und

re 2000–2010 von einem „verlorenen Jahrzehnt“ sprechen.

In der Konsequenz hat sich auch die funktionelle Einkommensverteilung zu-lasten der Arbeitseinkommen verändert. Nimmt man als Verteilungsmaßstab die bereinigte Lohnquote (Verhältnis der Arbeitsentgelte zum Volkseinkommen), zeigt sich eine deutliche Umverteilung zugunsten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (Abbildung 3). Die Lohnquote ist im vergangenen Jahrzehnt von 72,9 auf 67,6 % gefallen, lediglich 2008 und 2009 gab es durch den krisenbedingten Gewinneinbruch vorübergehend einen begrenzten Anstieg der Lohnquote (Tabelle 5).

# 4

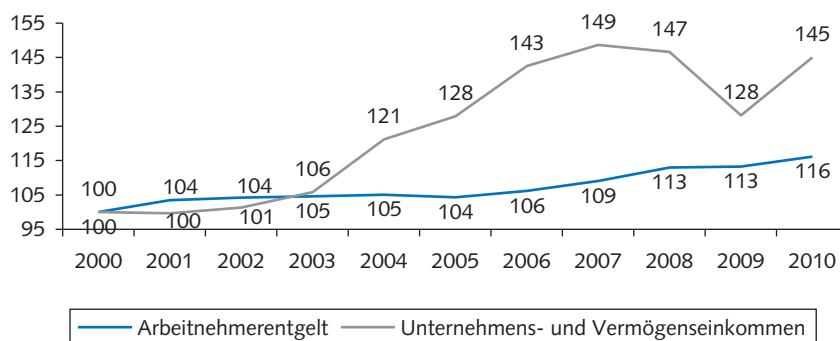
## Ausblick

Die Tarifrunde 2011 hat als zentrales Thema spürbare und dauerhafte Entgelterhöhungen. Nach dem Stahlabschluss vom September 2010 mit seiner Tarifsteigerung von 3,6 % verstärkten sich die Hoffnungen auf eine positive Entwicklung bei den Lohnabschlüssen. Angesichts der kräftigen wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2010 und eines prognostizierten weiteren Wachstums im laufenden Jahr verlangen die Gewerkschaften in den meisten Branchen Tariferhöhungen im Volumen zwischen 5 und 7 %. An der Spitze liegt die IG BCE mit einer Forderung von 6–7 %, bei der Deutschen Telekom fordert ver.di 6,5 %, mindestens 170 €, im Versicherungsgewerbe und bei Volkswagen lauten die Forderungen auf 6 %. Die untere Forderungsgrenze liegt bei etwa 5 %.

Überraschend ist die deutliche politische Unterstützung für steigende Löhne und Gehälter. Vertreter aller Parteien, darunter prominente Mitglieder des Bundeskabinetts, betonen seit dem Herbst vergangenen Jahres wiederholt, dass die Beschäftigten nach den Krisenopfern materiell am wirtschaftlichen Erholungsprozess teilhaben müssten. Die Tarifparteien reagierten darauf durchweg reserviert und betonten den autonomen Charakter der Tarifverhandlungen.

In einer Reihe von Tarifbereichen wurden bereits Tariferhöhungen für das Jahr 2011 vereinbart. Die Abschlussraten

**Abb. 3: Arbeitnehmerentgelt und Unternehmens- und Gewinneinkommen 2000 bis 2010 – 2000 = 100 –**



Quelle: VGR, Berechnungen WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

### Übersicht 4: Bereits vereinbarte Tariferhöhungen für das Jahr 2011

Branche	ab Monat	%	Laufzeit bis
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	01	1,6	02/2012
Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)	01	3,0	12/2011
Gebäudereinigerhandwerk West inkl. Berlin/Ost	01	1,8/2,5	12/2011
Hotels und Gaststätten Nordrhein-Westfalen	07	1,8	04/2012
Hotels und Gaststätten Sachsen-Anhalt	04	2,5	03/2012
Kfz-Gewerbe Bayern	07	2,5	04/2012
Kfz-Gewerbe Thüringen	01	0,6	
	06	1,5	04/2012
Metall- und Elektroindustrie	04	2,7	03/2012
Öffentlicher Dienst, Bund und Gemeinden	01	0,6	
	08	0,5	02/2012
Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie	05	1,5	08/2012
Süßwarenindustrie Ost	01	1,9	12/2011
Wohnungs- und Immobilienwirtschaft	01	3,0	12/2012

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2010.

WSI MITTEILUNGEN

bewegen sich zwischen 0,6 und 3,0 % (Übersicht 4). Von besonderem Gewicht ist die für April vereinbarte Anhebung in der Metallindustrie um 2,7 %, die in

einem Teil der Branche um einen bis zwei Monate vorgezogen wird.

## LITERATUR

Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv (2010): Tarifpolitischer Jahresbericht 2009: Tarifpolitik in der Finanzmarktkrise, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf Januar 2010

Bundesagentur für Arbeit (BA) (2010): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Jahresrückblick 2009, Nürnberg

Bundesarbeitsgericht (BAG) (2010): Grundsatz der Tarifeinheit, Pressemitteilung 46/10

Bundesinstitut für berufliche Bildung (BIBB) (2010): Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2010: Deutlich geringerer Anstieg als im Vorjahr, Pressemeldung vom 5.1.2011

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) (2010): Geschäftsbericht 2010, Berlin

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)/ Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2010): Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie sichern – Tarifeinheit gesetzlich regeln, Gemeinsame Erklärung vom 4.6.2010, <http://www.dgb.de/presse/+++e13a2272-7215-11df-59ed-00188b4dc422>

Gesamtmetall (2010): Geschäftsbericht 2009/2010, Berlin

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2010): Erholung setzt sich fort – Risiken bleiben groß – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2010, IMK Report 47, April 2010